

Küsnacht und Zürich, 15. November 2004

KR-Nr. 390/2004

POSTULAT von Dr. Jürg Stünzi (Grüne, Küsnacht) und Natalie Vieli-Platzer (Grüne, Zürich)

betreffend Vernehmlassung „Massnahmen zur Einhaltung der Reduktionsziele nach dem CO₂-Gesetz“

Der Regierungsrat wird aufgefordert, bei der Vernehmlassung des Bundes „Massnahmen zur Einhaltung der Reduktionsziele nach dem CO₂-Gesetz“ seine Präferenz für die Variante 1 zu dokumentieren.

Dr. Jürg Stünzi
Natalie Vieli-Platzer

Begründung:

Das Klimaproblem ist sowohl eine globale als auch eine langfristige Herausforderung für die gesamte Menschheit. Die Schweiz trägt zwar nur einen kleinen Teil zu den Emissionen bei, aber pro Kopf verursachen wir ca. das Dreifache an Verschmutzung, als allgemein als klimaverträglich angesehen wird – und der Verbrauch an fossilen Energien steigt stetig weiter. Es sind daher Massnahmen zu treffen, welche auf lange Sicht diesen Trend umkehren können.

Die CO₂-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffe, wie sie Variante 1 vorsieht, kann auf wirtschaftsverträgliche Weise den erforderlichen Strukturwandel einleiten (<http://www.uvek.admin.ch/dokumentation/medienmitteilungen/artikel/20040611/01924/index.html?lang>). Dank der vollumfänglichen Rückerstattung der Abgabe an die Bevölkerung und die Wirtschaft wird die Staatsquote nicht erhöht, sondern es werden sogar die Arbeitskosten gesenkt. Damit kann Wachstum in jenen Branchen entstehen, die Produkte oder Dienstleistungen anbieten, welche zukunftsfähig sind. Die Wirtschaft als Ganzes wird nachhaltiger, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz wird auf lange Sicht erhalten, ja verbessert.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Vernehmlassungsfrist läuft bis zum 20. Januar 2005.

390/2004